

Countdown für Kopenhagen

Weltklima retten – Jetzt!



Der Klimawandel ist eine völlig neue Bedrohung für die Menschheit. Durch den massiven Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid steigen die Temperaturen – häufigere und heftigere Tropenstürme, Überschwemmungen und Miss-ernten, Megadürren und Waldbrände zählen zu den katastrophalen Folgen. Schuld an der Klimaerwärmung ist der energiehungrige Lebensstil der reichen Industrienationen. Doch am meisten leiden ausgerechnet die Menschen in den ärmsten Regionen der Welt. Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen kann endlich die entscheidende Wende bringen. Globale Probleme erfordern ein gemeinsames Handeln. Jetzt, denn das Klima wandelt sich schneller als bisher angenommen.

Die reichen Industrienationen sind die Hauptverursacher des Klimawandels. Deshalb sind sie verpflichtet, im Klimaschutz Führungsverantwortung zu zeigen, eine aktive Vorreiterrolle einzunehmen. Einerseits müssen sie für drastische CO₂-Reduktionen in ihrem eigenen Land sorgen, andererseits die Entwicklungsländer unterstützen. Indien und China blasen in zunehmendem Maße Treibhausgase in die Luft, und Indonesien und Brasilien heizen mit ihrer Urwaldzerstörung die globale Klimaerwärmung kräftig mit an. Nur mit finanzieller Hilfe können auch die Schwellenländer zu aktiver Klimaschutzpolitik bewegt werden.



Greenpeace demonstriert im Namen der vom Klimawandel bedrohten Eisbären.

Treibhausgase senken

Die einhelligen Aussagen der Klimawissenschaftler – darunter Berichte des Weltklimarates (IPCC) – belegen: Der Klimawandel entwickelt sich weitaus bedrohlicher als ursprünglich angenommen. Hoffnung besteht nur, wenn die Gruppe der Industrieländer ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent senkt (gegenüber dem Basisjahr 1990). 2050 muss der Ausstoß dann weltweit auf nahezu Null gebracht werden. Das bedeutet, bis zur Mitte des Jahrhunderts muss Schluss sein mit der Verbrennung von Öl und Kohle. Auch Entwicklungsländer sind gefragt, schrittweise mit Maßnahmen zum Klimaschutz zu beginnen, um bis zum Jahr 2020 ihren prognostizierten Ausstoß von Treibhausgasen um 15 bis 30 Prozent zu verringern.

No Money – No Deal

„Klimagerechtigkeit“ darf kein theoretisches Schlagwort bleiben. Nach jahrzehntelangen Versprechungen und Hinhalte-Parolen müssen die reichen Länder endlich internationale Solidarität üben. In Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies eine finanzielle Unterstützung in Höhe von jährlich mindestens 110 Milliarden Euro. Der Anteil Deutschlands beträgt daran 7 Milliarden Euro pro Jahr. Gerade einmal 1,50 Euro pro Woche für jeden europäischen Bürger. Ein kleiner Preis für den Schutz unseres Planeten. Dabei sind diese Gelder keine Almosen, auch keine Entwicklungshilfen, sondern die Begleichung einer historischen Klimaschuld. Wer einen Schaden anrichtet, sollte auch dafür gerade stehen. Ehrensache, oder?

Countdown für Kopenhagen

Katastrophenschutz und Technologietransfer

Der Klimawandel wird uns noch teuer zu stehen kommen, bedenkt man etwa die Kosten für Katastrophenhilfe nach verheerenden Unwettern. In vielen Teilen der Welt müssen wir uns auf häufigere und heftigere Stürme einstellen – und somit auf drohende Überschwemmungen. In Vietnam könnten neu gepflanzte Mangroven-Wälder die Küstenbewohner vor den Folgen von Taifunen schützen. Eine lohnende Investition, denn eine Verwüstung wäre 50 Mal so teuer. In Bangladesh konnten Überflutungspolder bereits tausende Menschen vor dem Ertrinken retten.

Erneuerbare Energien wie Windkraft und Sonnenenergie haben ihr Potential als Zukunftsenergien bereits unter Beweis gestellt. Jetzt gilt es, die Techniken im großen Maßstab weltweit einzusetzen. Auch gegen den Widerstand der etablierten Energiekonzerne.

Nachhaltige Entwicklung fördern

Um das alles zu finanzieren, braucht es neue Finanzierungsmechanismen. Dabei müssen zwei Grundprinzipien gelten. Erstens: CO₂ muss einen Preis bekommen. Zweitens: Die Verursacher müssen ihn bezahlen. Der „Clean Development-Mechanismus“ (CDM) hat sich als Flop herausgestellt. Nicht nur aufgrund von unüberschaubaren Regelwerken und Mängeln in der Überprüfbarkeit der Leistungen. Die Industrie hat die Regierungen im Grunde nur benutzt, um das Instrument für einen billigen Ablasshandel zu missbrauchen. Tatsächlich wollte sie einer Umstrukturierung des Energiesystems entkommen.

Wenn sich reiche Industrienationen mit Verschmutzungsrechten dubioser Herkunft freikaufen, ist dem Klima wenig geholfen. Eine grundlegende Reform der Mechanismen ist daher unumgänglich. Der Schutz der Wälder darf nicht in den Kohlenstoffmarkt eingebunden werden! Waldzertifikate würden den Preis für Kohlendioxid drastisch drücken und damit den Kohlenstoffmarkt aushebeln.

Und Energiekonzerne könnten fröhlich ihre dreckigen Kohlekraftwerke weiterbetreiben – wenn sie als Ausgleich ein bisschen in den Waldschutz investieren. Dabei hieße das richtige Konzept: CO₂ reduzieren UND Wälder schützen. Klimaschutz verträgt eben keine halben Sachen.



Waldbrände setzen enorme Mengen CO₂ frei.

Urwaldschutz ist Klimaschutz

Urwaldgebiete sind die größten Schatzkammern der Artenvielfalt. Doch die Wälder sind bedroht. Jedes Jahr schwinden 13 Millionen Hektar, eine Fläche dreimal so groß wie die Schweiz. Abholzung und Brandrodung der tropischen Urwälder setzen ein Fünftel des weltweiten klimaschädlichen CO₂ frei. Grund der Zerstörung sind die wachsende Nachfrage nach Holz, Papier, Fleisch, Energie und Spirit, vorrangig in den Industrienationen. Mit den Urwäldern verschwinden Millionen Pflanzen und Tiere, zahllose Menschen verlieren ihre Heimat. Urwaldschutz ist die schnellste und günstigste Möglichkeit, Treibhausgase zu senken. Mit 30 Milliarden Euro pro Jahr könnte die Vernichtung der letzten Urwälder gestoppt werden und ein globales Netz von Urwaldschutzgebieten eingerichtet werden.

Greenpeace fordert:

- ▶ ein verbindliches, scharfes Klimaschutzabkommen in Kopenhagen, das den Ausstieg aus fossilen Energien und den Erhalt der Wälder sicherstellt.
- ▶ Führungsverantwortung der Industrieländer und verbindliche finanzielle Zusagen: Deutschland muss 7 Milliarden Euro für den internationalen Klimaschutz, davon 2 Milliarden für den Urwaldschutz bereitstellen.
- ▶ Treibhausgasreduktion von minus 40 Prozent bis 2020 für die Industrieländer, weltweite Treibhausgasreduktion auf nahe Null bis 2050.
- ▶ Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus' für den Urwaldschutz